

Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	01.12.2010	1722/10
Absender Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 14.12.2010	
Betreff Rücksichtnahme auf Prüfungen der EU		

Am 23.11.2010 berichtete die Braunschweiger Zeitung, dass die EU bis Jahresende die Situation bei der geplanten Flughafenerweiterung prüfe und feststellen werde, ob hier EU-Naturschutzrecht tangiert ist, um dann gegebenenfalls auch Maßnahmen gegen die Stadt, bzw. die Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen.

Der Respekt vor der Europäischen Völkergemeinschaft ebenso wie die Sorge um Image und Ansehen von Stadt und Staat sollte die Verwaltung der Stadt Braunschweig und die von ihr mit beaufsichtigte Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz unbedingt davon abhalten, die Bemühungen der EU gewissermaßen zu verhöhnen, indem von Stadt und beauftragter Stiftung versucht wird, vollendete Tatsachen zu schaffen, indem weitere Waldflächen geschädigt und zerstört werden, bevor die EU ihre Prüfungen abgeschlossen hat.

Dies vorausgeschickt, beantragt der Rat der Stadt Braunschweig:

„Die Verwaltung der Stadt Braunschweig möge - in Sorge um Ansehen von Stadt und Staat – den verfassungsmäßigen Organen der Europäischen Völkergemeinschaft wie den von ihr eingeleiteten Untersuchungen den gehörigen Respekt erweisen und nicht etwa versuchen, vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor die EU ihre Untersuchungen abgeschlossen hat und zu einem Ergebnis gekommen ist.“

Peter Rosenbaum
 (BIBS-Ratsherr)